

tik bestimmt. Die Minister werden auf seinen Vorschlag vom Bundespräsidenten ernannt und entlassen, sie sind dem Parlament nicht rechenschaftspflichtig. Der Bundestag kann den Kanzler nur durch gleichzeitige Wahl eines neuen Kanzlers abberufen (konstruktives Mißtrauensvotum). Die bestehenden Macht- und Herrschaftsverhältnisse sind gekennzeichnet durch die fast ausschließliche Konzentration der politischen Macht bei der Monopolbourgeoisie. Die nächst dem einzelnen Monopol unmittelbarste Organisationsform der Monopolbourgeoisie sind die *Unternehmensverbände*. Ihre Funktion ist die Durchsetzung der Interessen der Monopole. Sie erfolgt mittels der politischen Institutionen der w. B. Die Bundesregierung ist der geschäftsführende politische Ausschuß der Monopolbourgeoisie. Das zeigt sich besonders im Ausbau des Bundeskanzleramtes zur zentralen Spitzenorganisation des staatsmonopolistischen Herrschaftssystems (-> *innere Staatsreform*). Die Regierung koordiniert die Tätigkeit aller anderen Institutionen des politischen Herrschaftssystems: Staats- und Militärapparat, Parteien, politische Vereine (z. B. Revanchistenverbände), Massenkommunikationsmittel. Um unter parlamentarischen Bedingungen ihre Macht zu sichern, bedarf die Monopolbourgeoisie eines Systems reaktionärer Parteien. Die CDU und die mit ihr eng verbundene CSU in Bayern ist als CDU/CSU die Hauptpartei der Monopole. Alle anderen reaktionären bürgerlichen Parteien werden von der CDU/CSU manipuliert und im Bedarfsfall in Regierungskoalitionen aufgenommen. Die herrschenden Kreise waren seit 1945 bemüht, die *Sozialdemokratische Partei in Westdeutschland* in

ihr Machtssystem zu integrieren. Diese Bestrebungen stimmten überein mit der Politik rechter sozialdemokratischer Führer um Dr. K. Schumacher, die die Einigung der Arbeiterklasse auch in Westdeutschland im Zeichen des Antikommunismus, des Nationalismus und Revanchismus verhindern; sie legten die Partei auf eine Politik innerhalb des kapitalistischen Systems fest. Die Führungsgruppe der westdeutschen Sozialdemokratie ist inzwischen offen auf imperialistische Positionen übergegangen. Nur mit ihrer aktiven Unterstützung kann die staatsmonopolistische Oligarchie die Integrierung großer Teile der Arbeiterklasse in ihr Herrschaftssystem betreiben. Deshalb wurden 1966 sozialdemokratische Minister in die westdeutsche Bundesregierung einbezogen. Gegenüber dem umfassenden Machtapparat der Monopole ist der Organisationsgrad der fortschrittlichen Kräfte noch gering. Die Arbeiterklasse wird von keiner legalen Partei vertreten, seit die *Kommunistische Partei Deutschlands* (KPD) 1956 verboten wurde. Unter den Bedingungen des staatsmonopolistischen Herrschaftssystems ist die Rolle und Bedeutung des über 6 Mill. Mitglieder zählenden *Deutschen Gewerkschaftsbundes* (DGB) als Klassenorganisation gewachsen. Die bürgerlich-demokratischen oppositionellen Kräfte sind organisatorisch zersplittert und politisch sehr differenziert, ihre bedeutendste Organisation ist die *Deutsche Friedens-Union* (DFU). Zu größeren gemeinsamen Aktionen der antiimperialistischen Kräfte kam es in der Geschichte der w. B. im Kampf gegen die Remilitarisierung, gegen die Atomrüstung und gegen die Notstandsgesetze. Das aufgeblähte reaktionäre Gerichtssy-